

Dänemark: Illegale erstellen Forderungskatalog



„Schengen ist ein theatralisches Symbol der Brüsseler Politiker. Man will damit so etwas wie einen europäischen Staat suggerieren. Aber Schengen hat nichts mit Europa zu tun. Die EU ist nicht zuständig für die Aufnahme der Flüchtlinge. Wichtig ist, dass man frei reisen kann, und dafür braucht man kein Schengen. Jedes Land ist dafür zuständig, seine eigenen Grenzen zu sichern“, so der in Oxford lehrende Ökonom und Migrationsforscher Paul Collier.

(Von Alster)

Genau das versucht Dänemark mit einer verschärften Asylgesetzgebung zu tun. Dänemark verabschiedete am Dienstag mit großer parteiübergreifender Mehrheit eine Asylreform, bei der Flüchtlingen künftig Bargeld und Wertgegenstände oberhalb von 10.000 Kronen (1.340 Euro) abgenommen werden können, um ihre Unterbringung mitzufinanzieren. Der Familiennachzug wird

erschwert und die Dauer von Aufenthaltsgenehmigungen verkürzt. Ziel der Regierung ist es, Wirtschaftsflüchtlinge und Asyloptimierer fernzuhalten.

Die gewählten Volksvertreter Dänemarks haben schlicht und ergreifend die Souveränität ihres Volkes zurückgeholt oder es zumindest versucht, so wie es die Bürger Dänemarks mit ihrer Wahl bekundet haben. So macht man Politik für seine Bürger! Dänemark ist ein kleines Land. Es gibt dort einfach nicht genug Platz oder Kapazitäten für einen Massenansturm von sogenannten „Flüchtlingen“ – schon gar nicht aus kulturfremden Ländern. Warum Dänemark eine verschärfte Asylgesetzgebung durchsetzen muss, beweist gerade ein unverschämter Forderungskatalog von schon abgewiesenen, also illegalen „Asylsuchenden“ des Ausreisezentrums Sjaelsmark nördlich von Kopenhagen (nur anderthalb Kilometer vom Asylzentrum Sandholm entfernt), das im Februar 2015 als spezielles Aufnahmezentrum für „Abgewiesene mit Kriminalvorsorge“ eingerichtet wurde.

Die Abschiebung dieser Illegalen wird genau wie in Hamburg (Lampedusa-Illegale) oder Berlin und anderswo durch linke Dänen-, Deutschen- oder Europafeinde erschwert bis unmöglich gemacht, wodurch sich die Aufenthalte verlängern. Die Illegalen von Sjaelsmark (Sjaelland) sollten demnächst nach Jylland umziehen, weshalb sie mit ihren Unterstützern gegen Isolierung und unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen demonstrierten. Dabei stellten sie, die Illegalen, einen Forderungskatalog auf, der 12 Unverschämtheiten umfasst:

- 1. Wir fordern, dass wir nicht nach Jütland Ikast abgeschoben zu werden.*
- 2. Wir sind keine Kriminellen. Wir fordern, dass die Strafvollzugsbehörde nicht über uns entscheidet.*
- 3. Wir fordern, dass Zwangsdeportationen aufhören – sowohl geheime als auch öffentliche. Wir sind Flüchtlinge, unsere Länder sind im Krieg.*
- 4. Wir fordern das Recht auf Arbeit.*
- 5. Wir fordern eine menschenwürdige Wohnung.*

6. *Wir fordern das Recht auf Medikamente und Behandlung, die unsere Anforderungen erfüllen.*
7. *Wir fordern Asyl in Dänemark.*
8. *Wir fordern Rechenschaft von den Behörden. Wen können wir befragen?*
9. *Wie lange sollen wir in Sjaelsmark warten?*
10. *Wir fordern ein Ende von „Motivations-Fördermaßnahmen“ die entwickelt wurden, um uns zu entmenschlichen, abzureisen und uns zu demütigen.*
11. *Wir fordern die Freiheit, uns zu bewegen, und Bleiberecht. Kurz gesagt, fordern wir das Recht, Rechte zu haben!*
12. *Schließlich fordern wir, dass Lager wie Sjaelsmark abgeschafft werden.*

Sowohl die Demonstration als auch der Forderungskatalog zeigen die widerrechtliche staatsfeindliche Asyllobby in Aktion, die sich hier Modkraft.dk oder Freedom of Movements nennt.

Obwohl Dänemark mit der verschärften Asylgesetzgebung jetzt genau die gleichen Auflagen wie in der Schweiz und in Teilen Deutschlands gesetzlich geregelt hat, gab es einen Aufschrei der Main-Stream-Medien in und außerhalb Dänemarks. Dabei tat sich das linke englische Blatt „The Guardian“ mit einem Nazi-Vergleich besonders hervor.

Wie blödsinnig diese Darstellung ist, hat dasselbe Blatt mit dem Bericht über die gleichlautenden Asylgesetze der Schweiz und Dänemarks bewiesen

Die EU setzte wie immer noch einen obendrauf und zitierte den dänischen Außenminister Kristian Jensen und die Integrationsministerin Inger Støjberg vor ihren EU-Parlaments-Kindergarten; dort sollten sie zu den neuen Asylgesetzen „angehört“ werden. Dabei erlitt der EU-Parlamentarier Louis Michel einen Tobsuchtsanfall.

Innerhalb Dänemarks werden übrigens die Dänenhasser „schwedische Dänen“ genannt, und die Schweden aus dem kollabierten Wohlfahrtsstaat, die nun 80.000 Asylforderer ausweisen wollen (man sagt, das kann Jahre dauern), werden „dänische Schweden“ genannt.

Und nun kommt auch noch der EU-Kommissar Timmermanns und meint, dass 60 Prozent der „Flüchtlinge“ gar kein Asylrecht beanspruchen können. Sodom und Gomorrha.